

Editorial

Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes durch Deutschland im Jahr 2007 findet zu einer Zeit statt, die durch weltweite außenpolitische Umbrüche gekennzeichnet ist. Neue Fragen stellen sich, auf die die deutsche Ratspräsidentschaft Antworten finden muss und die möglicherweise Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Kabinett mehr als ohnehin erwartet in Anspruch nehmen werden.

Eine zentrale Frage ist die Stabilisierung des Westbalkans. Nachdem die Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo im Oktober 2006 gescheitert sind, deutet vieles darauf hin, dass das Land in eine konditionierte Unabhängigkeit entlassen wird. Möglich ist auch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die Kosovaren. Vom Umgang mit diesen Ereignissen hängt nicht nur die weitere Entwicklung auf dem Balkan ab; das Thema Kosovo kann auch zu einer Belastungsprobe der EU selbst werden, je nachdem, wie sich die einzelnen Mitgliedstaaten zur Frage der Unabhängigkeit verhalten werden.

Eine weitere Frage sind die Konflikte im Nahen Osten und im Kongo. Hier haben europäische Streitkräfte im vergangenen Jahr einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheitslage geleistet und humanitäre Hilfsleistungen ermöglicht. Militärische Präsenz ist jedoch nur eine Facette des notwendigen politischen Prozesses. Nach der Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen muss der Aufbau der Zivilgesellschaft forciert werden. Den Friedensprozess im Nahen Osten will die Kanzlerin durch eine Wiederbelebung des Nahost-Quartetts und die Einbindung der Nachbarstaaten voranbringen. Angesichts der Komplexität der Situation wird dies erhebliche Aufmerksamkeit erfordern.

Wie schwierig ein Prozess der Befriedung und des Wiederaufbaus ist, zeigt die Situation in Afghanistan. Nach der Vertreibung des Taliban-Regimes im Jahr 2001 gab es erhebliche Bemühungen, in Afghanistan Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, um die Grundlagen für den Aufbau eines demokratischen Regierungssystems zu legen. Nach anfänglichen Er-



folgen der Demokratisierung gewinnen jedoch die islamistischen Kräfte wieder zunehmend an Einfluss: Gab es 2005 noch 19 Selbstmordattentate, waren es 2006 schon über 100. Unter den Opfern ist auch KAS-Altstipendiat Abdul Hakim Taniwal.

Die Situation ist bedrohlich – nicht nur für die Menschen in Afghanistan, sondern auch für uns in Europa und in der gesamten westlichen Welt. Sollte es nicht möglich sein, in Afghanistan und in anderen Krisengebieten eine Basis für eine sichere Zukunft zu legen, wird nicht nur das bisher geleistete Engagement vergeblich gewesen sein; vielmehr steht auch der Ruf der internationalen Staatengemeinschaft als Krisenmanager auf dem Spiel. Dabei darf nicht in Vergessenheit geraten, dass es vor allem die Sorge um unsere eigene Sicherheit war, die die westliche Gemeinschaft zum Engagement motivierte.

Die Verteidigung unserer Sicherheit und unserer Grundwerte ist eine gemeinsame Aufgabe der westlichen Staatengemeinschaft. Es ist daher zu begrüßen, dass die USA zunehmend beginnen, eine umfassendere Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten zu suchen und europäische Erfahrungen abzufragen. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung hat verstärkt Anfragen von US-amerikanischer Seite bekommen, in denen unsere Expertise gefragt war. Dieser wachsende Austausch zwischen den Eliten der USA und Deutschlands ist sehr zu begrüßen, da er dazu beiträgt, die transatlantischen Beziehungen zu festigen.

Durch die Doppelpresidentschaft im Europäischen Rat und in der Gruppe der G8 trägt Deutschland ein zusätzliches Maß an Verantwortung. Auf zahlreichen außenpolitischen Feldern ist von Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Kabinett in den nächsten Monaten Führung und Moderation gefragt. Nachdem die USA, Deutschland und viele andere europäische Staaten in den vergangenen Jahren so viel in die Stabilisierung von Krisenregionen investiert haben, müssen die bereits sichtbaren Erfolge jetzt langfristig gefestigt werden. Wir werden versuchen, als Konrad-Adenauer-Stiftung dazu einen Beitrag zu leisten.

Johd Wähler,